



16.10.2019

## Pressemitteilung „Antrag der Mehrheitsgruppe zur Seenotrettung“

Vor einiger Zeit hat die rot-rot-grüne Gruppe im Kreistag einen Antrag zur Seenotrettung verfasst, der auch mit den anderen Fraktionen im Kreistag besprochen werden sollte. Das Papier ist überschrieben mit „Solidarität mit Menschen auf der Flucht“. Da die Mehrheitsgruppe den Antrag nach eigener Aussage mit dem Ziel der Konsensfindung mit den anderen Fraktionen behandeln wollte, wurde unsere Auffassung zu diesem Papier abgefragt. Wir erhielten von der Presse die folgenden Fragen und haben folgende farbig eingetragene Antworten zurückgeschickt.

1. Wäre Ihre Fraktion grundsätzlich bereit (bzw. unter welchen Voraussetzungen?) eine Resolution mitzubeschließen, die eine Solidaritätserklärung gegenüber Flüchtlingen und einer Erklärung von Hameln-Pyrmont zum „sicheren Hafen“ beinhaltet?

Der Begriff des Flüchtlings ist uns nicht konkret genug. Wir wenden uns grundsätzlich gegen illegale Migration und wollen keine illegalen Einwanderer integrieren.

2. Sind die Antragssteller bereits auf Sie zugekommen, mit dem Ziel einer gemeinsamen inhaltlichen Auseinandersetzung zu der Resolutions-Thematik? Wenn ja: Wie sind Sie in dieser Hinsicht verblieben?

Nein, die Antragsteller sind bisher nicht auf uns zugekommen. Alles, was wir dazu wissen, haben wir aus der Zeitung erfahren; letzte Einzelheiten am 15.10.2019.

Wir stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes und lassen uns aus dem Kreis der "demokratischen Akteure" keinesfalls ausschließen.

3. Wie beurteilen Sie den Vorstoß der Antragssteller?

Vernunft muss immer wichtiger sein als politisches Ränkespiel. Leider ist das bei den Altparteien häufig anders. Wir fragen uns, worin liegt denn der Gewinn für Hameln-Pyrmont? Der Haushalt ist bereits angespannt genug und bezahlbarer Wohnraum ist längst knapp.

4. In welchen inhaltlichen Punkten stimmen Sie mit dem Antragstext überein?

Das können wir erst sagen, wenn wir den Antragstext geprüft haben.

5. Welche Kritikpunkte bzw. Veränderungsvorschläge haben Sie bezüglich des Antrags?

Ja, Änderungsbereitschaft wurde erfreulicherweise von den Antragstellern signalisiert. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf den Unterschied zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik hin. Erstere hat in der Politik nichts zu suchen! Schauen wir mal.

*gez. Dr. Schönbrodt*  
*Fraktionsvors.*